



Nr. 14

7. April 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Kommunen

[Öffentlicher Dienst muss Ausbildungskapazitäten ausbauen](#)

dbb Chef beim Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Betreuung von Geflüchteten: Schulen brauchen mehr Unterstützung](#)

dbb frauen

[Frauenberufe aufwerten – Beschäftigungsanreize schaffen](#)

dbb senioren

[Weltgesundheitstag: Klimaschutz ist Gesundheitsschutz](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bremen

[Öffentlicher Dienst muss Ausbildungskapazitäten ausbauen](#)

Hessen

[Verfassungswidrig Besoldung: Reform noch vor der Sommerpause gefordert](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)

[Polizeiliche Kriminalstatistik: „Bedingtes Bild der wirklichen Kriminalitätslage“](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Politik verschleiern abermals Realität: Bis 2035 fehlen bis zu 158.000 Lehrkräfte](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[25. Bundesrealschultag: „Bildung.Real.Schule.“](#)

Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR)

[BDRhauptstadtFORUM beleuchtet Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Justiz](#)

Gewerkschaft Bundesbeschäftigte (vbob)

[Gehlen: Meinungsfreiheit der Personalvertretungen verteidigen!](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Kommunen

Öffentlicher Dienst muss Ausbildungskapazitäten ausbauen

dbb Chef Ulrich Silberbach fordert einen massiven Ausbau der Ausbildungskapazitäten im öffentlichen Dienst und warnt vor dramatischen Personalengpässen.

Insbesondere auf kommunaler Ebene droht dem öffentlichen Dienst ein dramatischer Mangel an Fachkräften, warnt der dbb Bundesvorsitzende in einem Gastbeitrag für die Zeitschrift „WirKommunalen“ (Ausgabe April 2022). „Eines der drängendsten, wenn nicht sogar das dringlichste Problem, vor denen aktuell alle staatlichen föderalen Ebenen und vor allem die Kommunen stehen“, sei der akute Fachkräftemangel, der sich durch den demografischen Wandel zukünftig noch verstärken werde, warnt Silberbach. „Immer mehr Gemeinden, Städte und Landkreise suchen händeringend nach Personal. Ob klassische Verwaltung, Bauamt, IT-Administration, Friedhofswesen, Müllabfuhr, Jobcenter, Stadtreinigung, Wasserwerke oder Kläranlagen – in nahezu allen Sparten werden neue Mitarbeitende gesucht.“ Bereits aktuell fehlten im öffentlichen Dienst insgesamt mehr als 330.000 Beschäftigte, in den nächsten zehn Jahren würden rund 1,3 Millionen altersbedingt ausscheiden. „Der Personalmangel in den Kommunen, wo rund 80 Prozent der Dienstleistungen der öffentlichen Hand angeboten werden, hat schon heute für die Bürgerinnen und Bürger weitreichende Konsequenzen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge“, stellt der dbb Chef fest.

Um die Aufgabenerfüllung der öffentlichen Hand nachhaltig zu sichern und zukunftsfest aufzustellen, müsse der öffentliche Dienst „in allen Gebietskörperschaften gestartete Personalgewinnungsstrategien nachhaltig ausweiten. Es muss mehr getan werden, um junge Menschen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Zum einen müssen die Ausbildungskapazitäten der Verwaltungshochschulen dringend erhöht werden. Das alleine wird aber nicht reichen, der Staat muss auf potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten bestenfalls schon in den Schulen und Universitäten zugehen und offensiv für sich als Arbeitgeber werben“, fordert Silberbach. „Insbesondere die Städte und Gemeinden müssen neue Wege

bei der Personalsuche gehen und gezielt für die Vorteile einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst werben. In der öffentlichen Wahrnehmung dominieren immer noch tradierte Vorstellungen über verstaubte, schwerfällige und streng bürokratische Amtsstuben. Diese Vorstellungen sind längst überholt, wir müssen die eigene Attraktivität, die Stärken und Vorteile einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst auf kommunaler Ebene wieder stärker herausstellen. Eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst ist familienfreundlich, sicher, flexibel und vor allem im Dienste des Allgemeinwohls.“ Hilfreich wäre es, mit einer einheitlichen Arbeitgebermarke „Öffentlicher Dienst“ flächendeckend bei allen Dienstherrn und Arbeitgebern für eine Karriere in staatlichen Institutionen zu werben, regt der dbb Chef an.

Eindringlich warnt Silberbach vor Sparmaßnahmen im Staatsdienst. Personell und technisch schlecht ausgestattet, befinde sich dieser nicht erst seit der Corona-Pandemie „quasi im Dauer-Stresstest. Eine neuerliche Sparwelle, die den öffentlichen Sektor weiter schwächt, wäre ein historischer Fehler. Was wir jetzt brauchen, sind viel mehr neue Investitionen in den öffentlichen Dienst und die staatliche Infrastruktur. Fachkräftemangel, Digitalisierung, Klimaschutz, der demografische Wandel – die Liste der Herausforderungen, vor denen unser Staat und insbesondere die rund 11.400 Kommunen in Deutschland stehen ist lang. Ohne einen personell und technisch aufgabengerecht ausgestatteten leistungsfähigen und motivierten öffentlichen Dienst werden diese Zukunftsaufgaben nicht zu bewältigen sein.“

„WirKommunalen“ ist das Magazin des überparteilichen Netzwerks Junge Bürgermeister*innen. In Deutschland gibt es aktuell über 600 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die bei ihrer letzten Wahl jünger als 40 Jahre alt waren.

dbb Chef beim Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) **Betreuung von Geflüchteten: Schulen brauchen mehr Unterstützung**

Angesichts der großen Herausforderungen durch die Betreuung von Geflüchteten aus der Ukraine hat dbb Chef Ulrich Silberbach zusätzliche Ressourcen für das Schulwesen gefordert.

„Wir stehen in Deutschland und Europa in der Verantwortung, die Geflüchteten willkommen zu heißen und ihnen Schutz zu bieten. Viele von ihnen sind noch nicht volljährig und besuchten bis vor kurzem die Schule oder gingen in die Kita. Viele sind traumatisiert. Wir müssen ihnen daher möglichst schnell den Zugang zu Bildung und professioneller Betreuung ermöglichen. Dabei spielen unsere Schulen eine zentrale Rolle“, sagte der dbb Bundesvorsitzende am 1. April 2022 beim Gewerkschaftstag des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR). Doch bereits die Corona-Pandemie habe gezeigt, wie sehr das Bildungssystem auf Kante genäht ist. „Unsere Lehrerinnen und Lehrer werden auch diese Herausforderung mit Herzblut und Engagement angehen. Ohne zusätzliche Unterstützung werden unsere Schulen das aber kaum schaffen.“

Der Lehrermangel, die verschleppte Digitalisierung, die jahrzehntelange Unterfinanzierung der Bildungseinrichtungen: All das räche sich nun zum wiederholten Male. Silberbach: „Die

Leidtragenden sind dabei wie so oft die Schülerinnen und Schüler, aber eben auch die Lehrkräfte. Gute Bildung ist jedoch nicht nur entscheidend für die Zukunft jeder und jedes Einzelnen, sondern auch für die Zukunft des ganzen Landes. Gute Bildung braucht außerdem starke Realschulen, die mit einer ausgewogenen Balance von Theorie und Praxis und dem starken Fokus auf der Berufsorientierung das notwendige Fundament für den weiteren beruflichen Erfolg der Jugendlichen schaffen.“

Der dbb Chef gratulierte seinem Stellvertreter Jürgen Böhm zur Wiederwahl als Bundesvorsitzender des VDR: „Dir und dem gesamten Vorstand wünsche ich alles Gute, viel Kraft und Erfolg beim Einsatz für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen! Der dbb steht auch künftig als verlässlicher Partner an Eurer Seite und wird den VDR nach besten Kräften unterstützen, Eure berechtigten gewerkschaftspolitischen Forderungen durchzusetzen.“ (Siehe auch „Aus Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften“)

dbb frauen

Frauenberufe aufwerten – Beschäftigungsanreize schaffen

Nur mit guter Bezahlung, familienfreundlichen Arbeitsbedingungen und echten Aufstiegschancen können qualifizierte weibliche Fachkräfte für den öffentlichen Dienst gewonnen werden.

„Ich kann mich nur wiederholen: Der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst wird sich nicht von allein lösen. Das erfordert ein Umdenken bei den Dienstgebenden. Jetzt sind sie es, die sich als faire, flexible und familienorientierte Arbeitgebende bei den Fachkräften bewerben müssen – und die wichtigste Zielgruppe sind hier aktuell die vielen gut ausgebildeten Frauen“, betonte dbb frauen Chefin Milanie Kreutz bei einem Treffen mit der Grünen-Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmeke, die Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales ist.

Insbesondere forderte Kreutz mehr Kreativität und Mut, sich in den Verwaltungen neuen Karrieremodellen zu öffnen. „Führungspositionen müssen für Teilzeitkräfte ermöglicht werden.

Der öffentliche Dienst bietet sich hier als optimales Testumfeld an. Vor allem in den Bundesbehörden gibt es tolle Pilotprojekte, die teilweise bereits Schule gemacht haben. Auch für andere Bereiche sollte sich die Politik diesen Modellen öffnen“, so Kreutz, die großflächige Pilotprojekte für die gesamte Bundesverwaltung anregte. Auch die öffentliche Wirtschaft könne davon nur profitieren, um die Leerstellen in den Führungsetagen mit weiblichen Fachkräften zu besetzen.

Darüber hinaus müssten steuerpolitische Anreize geschaffen werden, die Frauen hinderten, in die Klischeefalle der „Zuverdienerin“ zu tappen. Die Absicht der Bundesregierung, die Steuerklassen III und V abzuschaffen, bezeichnete Kreutz hier als „einen guten ersten

Schritt“. Jedoch sei man auch von einer gleichstellungsfördernden Familienbesteuerung noch weit entfernt. Vor allem getrenntlebende Eltern und Alleinerziehende sowie Familienkonstellationen mit Kindern müssten in einem nächsten Schritt steuerlich bessergestellt werden.

Enttäuscht zeigte sich die dbb Chefin auch über die Ausweitung der Verdienstobergrenzen für Minijobs. „Wer einen Minijob annimmt, läuft Gefahr, lebenslang arm zu bleiben – und davon sind aktuell vor allem Frauen betroffen“, kritisierte Kreutz. Das Ziel müsse vielmehr sein, die Erwerbsbereiche von Frauen aufzuwerten und konkrete Anreize zu schaffen, einer

sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeit nachzugehen und nicht den Niedriglohnsektor zu stärken.

In diesem Zusammenhang verwies Kreutz auf die stockenden Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst, ein Berufsfeld, in dem überwiegend Frauen tätig seien: „Gerade diese Frauen verrichten eine Arbeit von unschätzbarem Wert für unsere Gesellschaft. Dafür verdienen sie eine angemessene finanzielle Gegenleistung und gute Arbeitsbedingungen“, stellte Kreutz heraus.

dbb senioren

Weltgesundheitsstag: Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

Ein Umdenken in der Städte- und Landschaftsplanung hat der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Horst Klitzing anlässlich des Weltgesundheitsstages gefordert.

„Die Folgen des Klimawandels zeichnen sich mittlerweile überdeutlich ab. Die Zahl der Hitzetage ist in den zurückliegenden Jahren ebenso gestiegen wie die Zahl an klimabedingten Wetterkatastrophen. Hitzewellen stellen vor allem für Ältere und Menschen mit Vorerkrankungen ein erhebliches Gesundheitsrisiko dar“, so Klitzing am 7. April 2022 in Berlin. „Insbesondere Städte sind durch ihre Wärmespeicherung ‚Gefahrenzonen‘. Es bedarf eines Umdenkens in der Städte- und Landschaftsplanung, nicht nur hinsichtlich der Barrierefreiheit, sondern auch beim Klimaschutz. Grüne Dächer und Fassaden verbessern nicht nur das Stadtklima und wirken temperaturregulierend, sie sind auch insektenfreundlich.“

Zudem seien im Jahr 2021 bei der Umweltkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen mehr als 160 Menschen gestorben. Zwar sei die Politik gefordert, die festgelegten Klimaziele umzusetzen und gefährdete Gebiete landschaftsplanerisch sicherer zu machen. Dennoch müsse auch jeder Einzelne seinen Beitrag leisten: „Nachhaltiger Leben durch kleine Schritte, weniger Energie verbrauchen, Akkus statt Batterien oder wiederverwendbare Beutel beim Einkauf verwenden, regionale Produkte kaufen, öffentliche Verkehrsmittel nutzen –

- jede und jeder kann etwas tun.“ Darüber hinaus müsse auch die öffentliche Verwaltung nachhaltig und klimaneutral werden. „Das sollte der Leitgedanke bei jedem Um- und Neubau und bei jeder Beschaffung sein.“

Klitzing wies darüber hinaus auf den Zusammenhang zwischen der globalen Erderwärmung und der Entstehung von Pandemien hin: „Obwohl Senioren stark unter der Corona-Pandemie gelitten haben, müssen wir zugeben, dass wir dem wirtschaftlichen Aufschwung lange Zeit Vorrang vor Umweltthemen eingeräumt haben. Zwar war weder die Forschung weit genug, noch waren die Zusammenhänge so bekannt wie heute. Dennoch wäre ein Umdenken eher möglich und nötig gewesen. Umso mehr müssen wir jetzt leisten, denn es gibt weder ‚Planet B‘, noch kann jede Krankheit geheilt werden.“

Hintergrund:

In diesem Jahr macht die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum Weltgesundheitsstag mit dem Motto "Our planet, our health" („Unser Planet, unsere Gesundheit“) auf den Zusammenhang zwischen den Folgen des Klimawandels auf die Gesundheit aufmerksam.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bremen

Öffentlicher Dienst muss Ausbildungskapazitäten ausbauen

Auf dem Landesgewerkschaftstag am 30. März 2022 haben die Delegierten den Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Jörn Schulze zum neuen Landesbundvorsitzenden des dbb bremen gewählt.

Neben dem Landesbundvorsitzenden wurden auch seine beiden Stellvertreter Olaf Wietschorke (BDZ) und Sven Stritzel (BSBD) sowie der Schatzmeister Andreas Koziol (DPoIG) und der Schriftführer Volker Barthel (DSTG) neu gewählt. Dem neuen Vorstand gehören zudem die drei Beiräte Oliver Mögenburg (BDZ), Jürgen Schrader (BDR) und Marko Nix (komba) an.

Als Redner bei der öffentlichen Nachmittagsveranstaltung konnte der neue Vorsitzende unter anderem den Präsidenten des Senats der Freien und Hansestadt Bremen Bürgermeister Andreas Bovebschulte und den dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach begrüßen. Festredner war der ehemalige Staatsrat beim Senator für Finanzen Henning Lühr, der zum Stand der Digitalisierung in Bund, Ländern und Kommunen sprach.

Hessen

Verfassungswidrig Besoldung: Reform noch vor der Sommerpause gefordert

Der dbb Hessen hat von der Landesregierung gefordert, noch vor der parlamentarischen Sommerpause einen Gesetzentwurf für eine verfassungskonforme Besoldung der Beamtinnen und Beamten vorzulegen.

Wie berichtet (vgl. z. B. dbb aktuell Nr. 4/2022), hatte der Verwaltungsgerichtshof in Kassel bereits Ende November 2021 die Besoldung des Landes Hessen als verfassungswidrig eingestuft und damit vorangegangene Rechtsprechungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) konsequent aufgegriffen. Es wurden entsprechende Vorlagebeschlüsse an das BVerfG erlassen. Der dbb Landesbund drängt seither auf eine schnelle Lösung des Problems, während die hessische Landesregierung die Entscheidung des BVerfG abwarten will.

Würden die Mittel bereitgestellt, so der dbb Hessen, könne sofort ein verfassungsfestes Gesetz verabschiedet werden, das die Besoldung und Versorgung für die nächsten Jahre regelt. „Wenigstens erste entscheidende Umsetzungen sind ebenso verfassungstreu

möglich und nötig, wenn man angesichts der Größenordnung in mehreren Stufen vorgehen möchte“, sagt dbb Landeschef Heini Schmitt.

Mit Blick auf die im Herbst 2023 anstehende Landtagswahl in Hessen betonte Schmitt: „Die schwarz-grüne Regierung sollte nicht versuchen, sich irgendwie über die Ziellinie Landtagswahl zu retten, ohne das Eisen Besoldung wirksam angepackt zu haben. Wir erwarten noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf der Landesregierung zu dem Thema.“ Denn der Landesregierung müsse bewusst sein: „Es ist die letzte Möglichkeit, mit der hessischen Beamtenschaft besoldungsrechtlichen Frieden zu schließen. Mit jedem weiteren Monat Verzögerung rücken wir näher an die Landtagswahl, und mit jedem Monat Verzögerung geht weiteres Vertrauen der hessischen Beamtenschaft verloren.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Polizeiliche Kriminalstatistik: „Bedingtes Bild der wirklichen Kriminalitätslage“

Die Zahlen der bundesweiten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2021 bezeichnet die DPoIG als „nur auf den ersten Blick erfreulich“.

Der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt sagte der Zeitung „Die Welt“ am 6. April 2022: „Viele Kontrolldelikte wie der Drogenhandel und auch die Präventionsarbeit der Polizei sind in jüngster Zeit zugunsten von Corona-Kontrollen und Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland, hinten runtergefallen.“ Die aktuelle Statistik wurde am 5. April von Bundesinnenministerin Nancy Faeser und dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA) Holger Münch vorgestellt.

Der größte Anteil an den rund fünf Millionen Straftaten entfällt wie in den Vorjahren mit

etwa einem Drittel auf Diebstahlsdelikte (1,48 Millionen Fälle, minus 11,8 Prozent). So sind viele Straftaten im „sozialen Nahbereich der Bürger“, wie es in der PKS heißt, deutlich rückläufig. Es wurden weniger Kraftfahrzeuge (21.584, minus 8,7 Prozent) und Fahrräder (233.584, minus 10,5 Prozent) gestohlen. Cybercrime-Straftaten nahmen hingegen zu. Bundesweit wurden 146.363 Straftaten (plus 12,1 Prozent) polizeilich erfasst, bei denen der Computer die Tatwaffe war.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Politik verschleiert abermals Realität: Bis 2035 fehlen bis zu 158.000 Lehrkräfte

Laut einer vom VBE beauftragten Studie liegt der Lehrkräftebedarf bundesweit deutlich höher als von der Kultusministerkonferenz (KMK) berechnet.

Am 25. Januar 2022 hatte der VBE bereits eine Expertise zur Entwicklung von Lehrkräftebedarf und -angebot bis 2030 vorgelegt, deren Ergebnisse einen wesentlich höheren Lehrkräftemangel offenbarten, als die von der KMK vorgelegten Zahlen. Am 14. März 2022 hat die KMK ihre neue Berechnung „Lehrereinstellungsbedarf und -angebot in der Bundesrepublik Deutschland 2020 bis 2035“ veröffentlicht. Der VBE hat den Bildungsforscher Klaus Klemm daraufhin erneut damit beauftragt, den Lehrkräftebedarf und das tatsächliche -angebot in Deutschland bis 2035 ebenfalls zu berechnen.

Der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann sagte anlässlich der Veröffentlichung der neuen Berechnung am 31. März 2022: „Dass die KMK im Nachgang der dramatischen Zahlen, welche die erste vom VBE beauftragte Untersuchung von Prof. Klemm Ende Januar 2022 offenbart hat, auf ihrer Sitzung am 11. März 2022 verkündet hat, der Gewinnung neuer Lehrkräfte endlich einen besonderen Stellenwert einzuräumen, begrüßen wir ausdrücklich. Es gilt aber nach wie vor: Alle zu treffenden Maßnahmen müssen auf einer seriösen, vollständigen und transparenten Berechnung von tatsächlichem Lehrkräftebedarf und -angebot beruhen. Nur wenn man sich die Situation

nicht länger schönrechnet, wird man bereit sein, die notwendigen Investitionen vorzunehmen.“

Aus der Studie ergibt sich ein Lehrkräftemangel bis 2035 in Höhe von 158.700. Die KMK weist bis 2035 einen Lehrkräftemangel von lediglich 23.800 Lehrkräften aus. Beckmann: „Auch, wenn die KMK in ihrer jüngsten Modellrechnung in puncto Lehrkräftebedarf bis 2035 offenbar zu realistischeren Ergebnissen gelangt als in der Vorgängerprognose, ist die Art und Weise, wie das demgegenüber gestellte Lehrkräfteangebot bis 2035 berechnet oder eben gerade nicht berechnet wird, nach wie vor erschreckend. Die Aussagekraft der KMK-Prognose als Grundlage für dringend benötigte Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung und -bindung löst sich damit abermals in Luft auf. Die KMK muss sich endlich auf seriöse, verbindliche und methodisch abgestimmte Standards bei der Erstellung zukünftiger Bedarfs- und Angebotsprognosen durch die Länder verständigen, die die notwendige Grundlage für eine belastbare Gesamtprognose für Deutschland darstellen. Noch viel wichtiger aber ist die zügige Umsetzung notwendiger Maßnahmen zur Beseitigung des Lehrkräftemangels.“ Mehr Informationen und eine ausführlichere Darstellung der Studien-Ergebnisse gibt es auf vbe.de.

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

25. Bundesrealschultag: „Bildung.Real.Schule.“

Der Bundesrealschultag 2022 in Mannheim hat eine Zeitenwende mit einer deutlichen Stärkung der differenzierten Bildung in Deutschland gefordert und wandte sich gegen alle Bestrebungen der Vereinheitlichung, der Gleichmacherei und Leistungsegalisierung der Bildungswege.

„Wer jungen Menschen die Vielfalt der differenzierten Bildungswege versagt und individuelle Stärken nicht fördert, muss sich nicht wundern, dass die Realität und Qualität der Bildung in Deutschland den träumerischen und realitätsfernen Wunschvorstellungen nicht entsprechen“, sagte Jürgen Böhm, der VDR Bundesvorsitzende und dbb Vize, am 1. April 2022 in Mannheim.

Die Delegierten waren sich einig, dass Schulstrukturexperimente gescheitert sind. Bildungsreformen hätten die individuelle Freiheit und die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen vernachlässigt, Fehlanreize gesetzt, Schulabschlüsse entwertet und Bildungszeiten unnötig in die Länge gezogen.

Die Realität erfordere ein Umdenken. „Junge Menschen wollen ihre Individualität und Unterschiedlichkeit aus- und erleben. Junge Menschen wollen Leistungsanreize. Junge Menschen wollen auf die Herausforderungen der

Gegenwart vorbereitet werden. Junge Menschen wollen demokratische Freiheiten erproben und Lebensziele auf unterschiedlichem Weg erreichen. Junge Menschen wollen echte Wahlfreiheit in ihrer Bildungsbiografie und fordern zurecht Bildungsbeteiligung ein“, machte der VDR deutlich. Man fordere daher: „Mehr Bildung – Mehr Realität – Mehr Schule! Realschule und mehr! Vielfalt in Freiheit!“

Bei der Delegiertentagung fanden auch die Neuwahlen des Verbandes statt. Jürgen Böhm wurde als Bundesvorsitzender bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Bernd Bischoff aus Bayern, Sven Christoffer aus Nordrhein-Westfalen und Dirk Meußner aus Schleswig-Holstein gewählt. Neuer Schatzmeister wurde Ingo Lürbke (Nordrhein-Westfalen). Waltraud Eder aus Bayern erhielt weiterhin das Vertrauen für die Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und kümmert sich fortan auch um die Verbandszeitschrift. Gewählte Schriftführerin ist Anna Katharina Müller aus Sachsen-Anhalt.

Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR)

BDRhauptstadtFORUM beleuchtet Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Justiz

Am 7. April 2022 findet das BDRhauptstadtFORUM zum Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Justiz statt. Eine Podiumsdiskussion soll beleuchten, inwieweit Entscheidungen der Gerichte durch Künstliche Intelligenz (KI) erfolgen können und ob das wünschenswert wäre.

Klar ist für den BDR: Die Digitalisierung verändert die Arbeitsbedingungen in der Justiz in den nächsten Jahren stärker, als dies irgendeine Entwicklung in den letzten Jahrzehnten getan hat. Der BDR Vorsitzende Mario Blödtner betont aber: „Zwingend muss immer der abwägende Mensch im Mittelpunkt einer Entscheidung stehen. Dies kann bei wertenden Entscheidungen mit Gestaltungsspielraum nur ein sachlich unabhängiger Richter oder Rechtspfleger sein. Die Unabhängigkeit gerichtlicher Entscheidungen darf durch nichts

gefährdet werden.“ Wenn Intuition, Psychologie, Mitgefühl oder emotionales Verständnis gefragt sind, sei der Mensch niemals durch eine Maschine ersetzbar.

Der Bund Deutscher Rechtspfleger vertritt die Interessen der bundesweit etwa 13.000 Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, die als sachlich unabhängiges Organ der Rechtsprechung für zahlreiche Geschäfte bei den Gerichten zuständig sind, wie zum Beispiel im Bereich Registergericht, Betreuung, Grundbuch, Vollstreckungsrecht und Insolvenz.

Gewerkschaft Bundesbeschäftigte (vbob)

Gehlen: Meinungsfreiheit der Personalvertretungen verteidigen!

Der vbob hat klargestellt, dass man Drohungen gegen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger entschieden entgegnet werden wird.

Am 31. März 2022 teilte die Fachgewerkschaft mit, dass jüngst ein Personalratsvorsitzender einer Bundesbehörde ein Schreiben einer Berliner Anwaltskanzlei mit der Androhung einer Strafanzeige erhalten habe, weil er sich – mit dem Personalrat – die Worte des Bundesgesundheitsministers zu eigen gemacht und zum Schutz der eigenen Gesundheit wie auch die der Mitmenschen in seiner Behörde für eine Impfung geworben hatte.

„Wer Meinungsfreiheit reklamiert, aber Anwälte nutzt, um diese durch Einschüchterung bei anderen zu unterdrücken, der hat den vbob gegen sich. Wer glaubt, es sei in Ordnung, im Ehrenamt für sie tätige Menschen mit schriftlichen Drohungen durch Externe unter Druck zu setzen, liegt gründlich daneben. Der vbob schützt seine Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und deren Meinungsfreiheit mit allen Mitteln“, teilte der vbob Bundesvorsitzende

Frank Gehlen dazu mit. Er erwarte diese Unterstützung im Übrigen auch von den Dienststellenleitungen; im vorliegenden Fall gebe es diese auch gerade.

„Viele unserer überwiegend ehrenamtlichen vbob Personalratsmitglieder, Personalratsvorsitzenden in Örtlichen, Gemeinsamen oder Hauptpersonalräten, Gleichstellungsbeauftragten und Schwerbehindertenvertrauenspersonen stehen seit Beginn der Pandemie unter erheblichem zusätzlichem Druck. Die Maßnahmen der Dienststellen werden durch sie in Pandemie-Krisenstäben begleitet und erfordern neben dem klassischen Vertretungsgeschäft ständige Aufmerksamkeit für die unterschiedlichen Anordnungen der politisch getroffenen Entscheidungen im Gesundheitsbereich und die ebenso vielfältigen Bedarfe ihrer Kolleginnen und Kollegen“, erklärte Gehlen zur aktuellen Situation.

Namen und Nachrichten

Der **Deutsche Philologenverband (DPHV)** äußert deutlich seinen Aufruf zum freiwilligen Tragen von Masken. „Wir freuen uns über jedes Stück zurück zur Normalität an unseren Schulen. Aber die Schritte müssen zur aktuellen Lage passen“, sagte die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing am 2. April 2022 dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“. Das Ende der Maskenpflicht im Unterricht passe nicht zu den derzeit hohen Infektionszahlen. Der Verband empfehle daher eine verantwortungsbewusste Maskenfreiwilligkeit an den Schulen für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte.

Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des **Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)**, hat am 6. April 2022 im Rahmen des Deutschen Kitaleitungskongresses in Düsseldorf die Er-

gebnisse einer Umfrage unter fast 5.000 Kitaleitung (DKLK-Studie 2022) kommentiert: „Schätzungsweise 9.000 Kitas haben in Deutschland im zurückliegenden Jahr in über der Hälfte der Zeit in aufsichtspflichtrelevanter Personalunterdeckung gearbeitet. Das sind mehr als doppelt so viele Kitas wie ein Jahr zuvor. Übersetzt heißt das: Diese Einrichtungen konnten den Betrieb im Durchschnitt an mehr als jedem zweiten Tag nur unter Gefährdung der Sicherheit der zu betreuenden Kinder aufrechterhalten! Am anderen Ende der Skala waren es nicht einmal 7 Prozent der Kitas, die in den zurückliegenden 12 Monaten mit einer durchgehend ausreichenden Personalausstattung arbeiten konnten. Vor einem Jahr konnten dies zumindest noch annähernd doppelt so viele Einrichtungen.“ Mehr Infos gibt es unter vbe.de.

Termine:

6./7. Mai 2022, Berlin

Bundesjugendtag 2022 der dbb jugend (Bund)

Mehr Informationen unter <https://www.dbb-jugend.de/events/bundesjugendtag.html>

16./17. Mai 2022, Potsdam

Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 3. Runde

Mehr Informationen unter www.dbb.de/sue
